

ALLGEMEINES

Dokumente zur Geschichte der IFSW. Einige vor Kurzem von Mitgliedern der Internationalen Vereinigung für Soziale Arbeit (IFSW) gefundene historische Dokumente bieten Informationen zur Entstehung des Internationalen Sekretariats der Sozialarbeiter, das in einer Versammlung am 13. Juli 1932 in Frankfurt am Main gegründet wurde. Die Materialien erlauben auch Rückschlüsse zu dem im Jahr 1847 in Brüssel abgehaltenen Kongress für das Gefängniswesen, der darauf abzielte, die internationale Zusammenarbeit zur Linderung der Not der Arbeiterklasse und der sozial schwachen Bevölkerung zu stärken. Dem folgten jährliche Meetings in den USA (seit 1874) und Fachkonferenzen in Paris (1889, 1900), Genf (1896), Mailand (1906) und Kopenhagen (1920). Die ersten Konferenzen der IFSW fanden im Juli 1928 in Paris und im Jahr 1932 in Frankfurt statt. Die Dokumente können im Internet unter der URL <http://ifsw.org/ifsw-history-1932> heruntergeladen werden.
Quelle: *IFSW News vom 30.5.2014*

Non Profit Law Yearbook 2012/2013. Das Jahrbuch des Instituts für Stiftungsrecht und das Recht der Non-Profit-Organisationen. Hrsg. Rainer Hüttemann und andere. Verlag Bucerius Law School Press. Hamburg 2013, 353 S., EUR 29,90 *DZI-E-0819*
Zur Diskussion der Frage, ob es zehn Jahre nach der

Stiftungsreform des Jahres 2002 erneuter Novellierungen bedarf, fand im September 2012 eine Tagung statt, deren Beiträge in dieser Publikation dokumentiert sind. Thematisiert werden die Anpassung der Landesstiftungsgesetze an das Bundesstiftungsrecht, die Erfüllung des Stiftungszwecks, die Rechte noch lebender Stifterinnen und Stifter, die Verbesserung der institutionellen Strukturen und Fragen in Bezug auf die Rechnungslegung und die Transparenz. Ferner finden sich hier Hinweise zum Zivilrecht, zum Steuerrecht, zum Internationalen Privatrecht der Stiftung und zum Aufsichtsrecht sowie detaillierte Darstellungen der Rechtslagen in Italien, Österreich und der Schweiz. Alle Abhandlungen schließen mit einer Zusammenfassung in englischer Sprache. Einen weitergehenden Einblick ermöglichen Bibliographien zum Non-Profit-Recht im deutschsprachigen Raum. Bestellanschrift: Bucerius Law School – Hochschule für Rechtswissenschaft gGmbH, Jungiusstraße 6, 20355 Hamburg, Tel.: 040/307 06-270, Internet: www.law-school.de

Höhere Einnahmen der Rentenversicherung durch Zuwanderung. Der Zuwachs von Migrantinnen und Migranten, die in Deutschland arbeiten, nimmt positiven Einfluss auf die Einnahmen der Rentenversicherung. Wie aktuelle Erhebungen ergaben, ist die Anzahl der zugewanderten Menschen, die hier rentenversichert sind, von 3,4 Mio. vor zehn Jahren auf gegenwärtig 4,4 Mio. angestiegen. Quelle: *zukunft jetzt 2.2014*



Wir bringen Licht ins Dunkel.

Zum Beispiel beim Fundraising. Generieren Sie Spenden im Internet mit unserem BFS-Net.Tool XXL. Automatisieren Sie Ihre Spendenströme direkt auf Ihr Konto.

Sie brauchen keine Programme zu installieren oder Ihre Homepage umzubauen.

Sprechen Sie mit uns. Wir haben die Lösung.

Die Bank für Wesentliches.



Bank
für Sozialwirtschaft

Berlin | Brüssel | Dresden | Erfurt | Essen | Hamburg | Hannover | Karlsruhe | Kassel
Köln | Leipzig | Magdeburg | Mainz | München | Nürnberg | Rostock | Stuttgart

www.sozialbank.de

Stärkung des Engagements in Bayern. Um das bürgerschaftliche Engagement durch Beratung, Vernetzung und Qualifizierung auszubauen, fördert der Freistaat Bayern den Einsatz der 3,8 Mio. ehrenamtlichen Kräfte an weiteren 20 Standorten mit insgesamt 650 000 Euro beim Aufbau eines Koordinierungszentrums – zusätzlich zu den bisher geförderten 50 Landkreisen und kreisfreien Städten. Bewerbungen für entsprechende Mittel können noch bis zum 15. Juli 2014 eingereicht werden. Informationen bietet die Internetseite www.stmas.bayern.de/ehrenamt/index.php. *Quelle: Mitteilung des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration vom 11.5.2014*

SOZIALES

Wettbewerb Sozialkampagne. Die Bank für Sozialwirtschaft organisiert seit dem Jahr 1998 den Wettbewerb Sozialkampagne zur Belohnung besonders innovativer und aufmerksamkeitsstarker Werbekampagnen zu sozialen Fragestellungen. Einrichtungen und Organisationen des Sozial- und Gesundheitswesens, die seit dem Jahr 2012 eine Werbekampagne zu einem sozialen Thema realisiert haben, können sich noch bis zum 31. Oktober 2014 bewerben. Für den 1. Preis sind 10 000 Euro, für den 2. Preis 5 000 Euro und für den 3. Preis 3 000 Euro dotiert. Zusätzlich zu den im Internet unter www.sozialbank.de zu findenden Bewerbungsunterlagen wird eine Dokumentation der durchgeführten Kampagne auf CD oder DVD erwartet. *Quelle: Presseinformation der Bank für Sozialwirtschaft vom 28.5.2014*

Soziale Innovationen in Brandenburg. Anlässlich eines Workshops in Potsdam am 13. Mai 2014 wurden potenzielle Handlungsfelder für soziale Innovationen in Brandenburg diskutiert. Besondere Herausforderungen entstünden im Hinblick auf Kleinunternehmen, demographische Gesichtspunkte, die Langzeitarbeitslosigkeit und das Schnittfeld von Ökologie und Arbeitsmarktpolitik. Im Rahmen eines Modellprogramms zur Förderung von Beschäftigung und Armutsbekämpfung, wofür der Europäische Sozialfonds 7 Mio. Euro zur Verfügung stellt, sollen die Konzipierung und Erprobung neuer Ansätze der Problembearbeitung, die wissenschaftliche Evaluation und die Weiternutzung erfolgreich geprüfter Strategien durch Arbeitsmarktakteure des Landes unterstützt werden. Die Ergebnisse des Workshops werden bei der Erarbeitung einer Richtlinie berücksichtigt, die Anfang nächsten Jahres in Kraft tritt. *Quelle: BRANDaktuell Newsletter 11.2014*

Was hilft gegen Armut? Ein Essay von Georg Cremer. Verlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. Berlin 2013, 60 S., EUR 7,50 *DZI-E-0829*

Laut dem Datenreport 2013 des Statistischen Bundesamtes hat sich die Anzahl der von Armut bedrohten

Menschen in Deutschland in den Jahren 2007 bis 2011 von 15,2 auf 16,1 % erhöht. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung widmet sich der Autor ausgehend von dem mit der Befähigungstheorie Amartya Sens verbundenen Konzept der gesellschaftlichen Teilhabe der Politik der Armutsprävention. Berücksichtigung finden zunächst Fragen der Armutsdefinition und mögliche Ursachen von Armut, wie sie vor allem der Langzeitarbeitslosigkeit und einer regional und sozial ungleichen Verteilung von Bildungschancen zugeschrieben werden. Darüber hinaus befasst sich die Broschüre mit den Zuständigkeitsbereichen der Jobcenter und der Jugendhilfe, mit Maßnahmen der Beschäftigungsförderung und mit Überlegungen im Hinblick auf einen gesetzlichen Mindestlohn. Bestellanschrift: Verlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V., Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/629 80-502, Internet: www.deutscher-verein.de

GESUNDHEIT

Gesundheitsausgaben gestiegen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes sind die Gesundheitsausgaben mit 300,4 Mrd. Euro im Jahr 2012 gegenüber dem Vorjahr um 2,3 % gestiegen. Davon wurden mit 172,4 Mrd. Euro über die Hälfte (57,4 %) von der Gesetzlichen Krankenversicherung bestritten. Auf private Haushalte und Organisationen entfielen 40,6 Mrd. Euro und auf die Private Krankenversicherung 28 Mrd. Euro. 147 Mrd. Euro entstanden im ambulanten Bereich, für stationäre Leistungen wurden 37 % verzeichnet. *Quelle: PKVpublik Mai 2014*

Welthunger-Index 2013. Herausforderung Hunger: Widerstandsfähigkeit stärken, Ernährung sichern. Hrgs. Deutsche Welthungerhilfe e.V. und andere. Bonn 2013, 65 S., kostenlos *DZI-E-0857*

Der seit dem Jahr 2006 jährlich von der Deutschen Welthungerhilfe in Kooperation mit dem Internationalen Forschungsinstitut für Ernährungs- und Entwicklungspolitik und dem Concern Worldwide herausgegebene Welthunger-Index beschreibt die Entwicklung der Ernährungssituation im globalen, regionalen und nationalen Kontext. Anhand von Regierungen und internationalen Organisationen bereitgestellter Daten wird das Ausmaß der Unterernährung und der Kindersterblichkeit untersucht. Das Schwerpunktthema der aktuellen Publikation ist die Erhöhung der Widerstandsfähigkeit gegenüber Notsituationen in ländlichen Gemeinden. Dabei geht es um die Frage, wie entsprechende Anstrengungen dazu beitragen können, humanitäre Maßnahmen wirksamer zu gestalten. Neben Zahlen zum Schweregrad des Hungers von Bevölkerungsgruppen in betroffenen Staaten enthält die Broschüre Informationen zu konkreten Programmen, die darauf abzielen, die Resilienz auf kommunaler Ebene zu stärken. Resümierend folgen Handlungsempfehlungen an die internationale Entwicklungszusammenarbeit und

an die Politik. Bestellschrift: Deutsche Welthungerhilfe e.V., Friedrich-Ebert-Straße 1, 53173 Bonn, Tel.: 02 28/22 88-0, Internet: www.welthungerhilfe.de

Finanzreform der Gesetzlichen Krankenversicherung. Durch die vom Bundestag verabschiedete Reform der Kassenbeiträge wird der Arbeitnehmeranteil ab dem Jahr 2015 von 8,2 % auf 7,3 % sinken. Im Gegenzug können die Kassen Zusatzbeiträge erheben, die an die Höhe des Einkommens gekoppelt sind. Der Arbeitgeberanteil bleibt bei 7,3 %. Zu dieser Neuregelung fand am 21. Mai dieses Jahres eine Anhörung im Gesundheitsausschuss statt, in der über Änderungsvorschläge der Koalition und der Fraktion Die Linke diskutiert wurde. Sachverständige äußerten die Meinung, dass die Erwartung der CDU, wonach ab dem Jahr 2015 signifikante Kostenerleichterungen für Mitglieder der Gesetzlichen Krankenkasse entstehen würden, im Hinblick auf die Einnahmeschwäche der Gesetzlichen Krankenversicherung nicht nachvollziehbar seien. Die Arbeitgeberverbände forderten eine konsequente Entkoppelung der Gesundheitskosten von den Lohnkosten. Nach Auffassung der Sozialverbände und der Gewerkschaften wird mit der Festschreibung der Arbeitgeberbeiträge das Solidarprinzip infrage gestellt, da mit einer jährlichen Beitragssteigerung von 0,2 bis 0,3 % für die Arbeitnehmenden zu rechnen sei. *Quelle: Das Parlament vom 26.5.2014*

Entgeltssystem PEPP. Gesundheitsexperten halten es für sinnvoll, das in psychiatrischen Fachkliniken vorgesehene neue Vergütungssystem PEPP weiterzuentwickeln und noch wirkungsvoller an die Bedürfnisse der Patienten und Patientinnen anzupassen. Bei einer öffentlichen Anhörung des Gesundheitsausschusses am 7. Mai 2014 in Berlin erklärten mehrere Fachleute, die Novelle sei grundsätzlich nötig und richtig. Patientenvertreter befürchten allerdings eine Verschlechterung der Versorgungslage. Es wird angenommen, dass in den Kliniken zu wenig Personal zu wenig Zeit für die Patienten und Patientinnen hat und Fehlanreize gesetzt werden, weil das System letztlich nur darauf hinauslaufe, Kosten zu sparen. Kritisiert wird insbesondere die fallbasierte Tageskostenkalkulation mit festgelegten degressiven Vergütungsstufen. PEPP ist als „lernendes System“ angelegt mit einer vierjährigen, budgetneutralen Einführungsphase (2013 bis 2016) und einer fünfjährigen Überführungs- oder Konvergenzphase (2017 bis 2021). In der budgetneutralen Phase entstehen Einrichtungen durch die Anwendung des neuen Entgeltsystems weder Gewinne noch Verluste. Für die Optionsjahre 2013 und 2014 können die psychiatrischen und psychosomatischen Einrichtungen selbst entscheiden, ob sie von PEPP Gebrauch machen. Erst ab dem Jahr 2015 soll die Anwendung verpflichtend sein. Im Gespräch ist unter anderem eine Verlängerung der Optionsphase. *Quelle: hib vom 7.5.2014*

25.-27.8.2014 Sofia/Bulgarien. The International Social Work & Society Academy: „Transforming Societies – A challenge for Social Work in Europe“. Information: Prof. Dr. Hans-Uwe Otto, Universität Bielefeld, Postfach 100 131, 33501 Bielefeld, Tel.: 05 21/106 33 08, E-Mail: hansuwe.otto@uni-bielefeld.de

17.-19.9.2014 Eisenach. Forum Sozialraum. Jenseits der Mitte: Sozialräumlichkeit zwischen Beteiligung, Steuerung und Schutz. Information: EREV – Evangelischer Erziehungsverband e.V., Frau Annette Bremeyer, Flüggestraße 21, 30161 Hannover, Tel.: 05 11/39 08 81-14, E-Mail: a.bremeyer@erev.de

18.9.2014 Weimar. DEVAP-Fachtagung: Stationäre Pflegeeinrichtungen 2.0 – Stationäre Pflege neu gedacht. Information: Deutscher Evangelischer Verband für Altenarbeit und Pflege e.V., Invalidenstraße 29, 10115 Berlin, Tel.: 030/83 00 12 77, E-Mail: info@devap.de

18.-19.9.2014 Leipzig. Inklusion – Befähigung – Teilhabe. Tagung der IGfH mit integrierter Mitgliederversammlung. Information: Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen, Galvanistraße 30, 60486 Frankfurt am Main, Tel.: 069/63 39 86-0, E-Mail: igfh@igfh.de

21.-25.9.2014 Berlin. BMBF-AutumnSchool: Umsetzung von Inklusion im Bildungssystem – Forschungsmethoden zur Analyse der Handlungskoordination und Steuerung. Information: Prof. Dr. Rita Nikolai, Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Erziehungswissenschaften, Geschwister-Scholl-Straße 7, 10117 Berlin, Tel.: 030/20 93-41 73, E-Mail: rita.nikolai@hu-berlin.de

22.9.2014 Berlin. Fachtagung zum 30. Jubiläum der NAKOS: Selbsthilfefähigkeiten stärken, Selbstorganisation unterstützen – Gemeinschaftliche Selbsthilfe ermöglichen. Information: NAKOS, Nationale Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen, Otto-Suhr-Allee 115, 10585 Berlin, Tel.: 030/31 01 89 60, E-Mail: selbsthilfe@nakos.de

22.-23.9.2014 Königswinter. Seminar: Lug und Trug – vom Umgang mit Lügern und Betrügern. Information: DBH-Bildungswerk, Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik, Aachener Straße 1064, 50858 Köln, E-Mail: kontakt@dbh-online.de

26.-27.9.2014 Berlin. 49. Arbeitstagung der Dozent/innen der Sonderpädagogik deutschsprachiger Länder: Perspektiven sonderpädagogischer Professionalisierung. Information: Gisela Froberg, Humboldt-Universität zu Berlin, Philosophische Fakultät IV, Institut für Rehabilitationswissenschaften, Georgenstraße 36, 10117 Berlin, Tel.: 030/20 93-42 67, E-Mail: gisela.froberg@rz.hu-berlin.de

JUGEND UND FAMILIE

Neuregelung zur vertraulichen Geburt. Mit dem am 1. Mai dieses Jahres in Kraft getretenen Gesetz zur vertraulichen Geburt wurden die zuvor rechtswidrigen, aber geduldeten anonymen Geburten legalisiert, um zu verhindern, dass schwangere Frauen in Notsituationen ihr Kind heimlich gebären, aussetzen oder gar töten. Auf diese Weise entstand eine rechtliche Befugnis, Kinder unter einem Pseudonym in einem Krankenhaus oder bei einer Hebamme zur Welt zu bringen. Die Daten der Mutter werden versiegelt im Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben aufbewahrt, bis das Kind im Alter von 16 Jahren die Identität seiner Mutter erfragen kann. Sollte diese weiterhin auf einer Geheimhaltung bestehen, wird der Streitfall von einem Familiengericht entschieden. *Quelle: Stimme der Familie 2.2014*

Inklusion im deutschen Schulsystem. Barrieren und Lösungswege. Hrsg. Susann Kroworsch. Verlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. Berlin 2014, EUR 19,80 *DZI-E-0887*
Die 2009 von der Bundesrepublik Deutschland ratifizierte Behindertenrechtskonvention verbietet die Diskriminierung von Menschen mit Handicaps in allen Lebensbereichen und sichert ihnen die bürgerlichen, politischen und sozialen Menschenrechte zu. Um die Diskussion über die Verwirklichung der Maßgabe voranzubringen, widmet sich diese Publikation den rechtlichen Voraussetzungen und den Voraussetzungen, die bei deren Umsetzung auftreten können. Einzelne Beiträge betrachten die Situation in den Bundesländern, die Handlungsmöglichkeiten in den Kommunen, organisatorische und finanzielle Aspekte, den Übergang zu einem inklusiven Ausbildungssystem und die Entwicklungsperspektiven der Förderschulen. Berücksichtigung finden darüber hinaus bauliche Anforderungen und Fragen im Hinblick auf die Vernetzung von Schulen mit der Kinder- und Jugendhilfe sowie hinsichtlich der Zusammenarbeit allgemeiner und sonderpädagogischer Lehrkräfte sowie deren Professionalität. Bestellschrift: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/629 80-502, Internet: www.deutscher-verein.de

Service zur Kindergesundheit. Als Hilfestellung für Ärztinnen und Ärzte, Hebammen und Fachkräfte in Kindertagesstätten und Behörden stellt die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) in ihrem Portal www.kindergesundheit-info.de ab sofort kostenlose Informationsmaterialien zu Fragen der Kindergesundheit zur Verfügung. Merkblätter, Checklisten, Übersichten und Alltagstipps zu spezifischen Themen können in wenigen Schritten zu Infopaketen zusammengestellt oder in bereits bestehende Dokumente kopiert werden. *Quelle: Paritätischer Rundbrief Mai 2014*

AUSBILDUNG UND BERUF

Anrechnung von Berufserfahrung auf das Studium der Sozialen Arbeit. An der Fachhochschule Frankfurt am Main besteht seit dem Sommersemester 2013 die Möglichkeit, die im Rahmen einer Erziehtätigkeit gewonnenen Kompetenzen auf das Bachelor-Studium der Sozialen Arbeit anrechnen zu lassen. Auf Antrag werden vier Module gutgeschrieben. Rund 180 Studierende nutzen das Angebot im Sommersemester 2014. Besonders beliebt sind laut einer Befragung das Arbeitsfeld Kindheit, Jugend und Familie sowie der Krippenbereich. Anmeldungen für eine berufsbegleitende Weiterbildung im Wintersemester werden noch bis zum 15. Juli 2014 entgegengenommen. Näheres steht im Internet unter www.fh-frankfurt.de (Weiterbildung/Weiterbildungsangebote/Gesundheit-und-Soziales/Ein guter Start ins Leben). *Quelle: Pressemitteilung der Fachhochschule Frankfurt am Main vom 12.5.2014*

Theorie – Praxis – Partizipation. Evangelische Hochschulperspektiven Band 9. Hrsg. Wilhelm Schwendemann und Hans-Joachim Puch. Verlag Forschung – Entwicklung – Lehre. Freiburg 2013, 309 S., EUR 16,– *DZI-E-0820*

In der Reihe „Evangelische Hochschulperspektiven“ von vier Evangelischen Hochschulen erscheinen jährlich Publikationen zu aktuellen Fragen im Kontext des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens. Dieser neue Band befasst sich mit der begrifflichen Triade Theorie, Praxis und Partizipation in ihrer Relevanz für die Bereiche der Diakonie, der Kinder- und Jugendhilfe, der Inklusion von Menschen mit einem Handicap, der Gemeinwesenarbeit und der Pflege. Im Blickfeld stehen hierbei auch Fragen der Qualitätsentwicklung an Hochschulen und Belange der universitären Bildung in pflegewissenschaftlichen, kindheitspädagogischen und religionspädagogischen Studiengängen. Bestellschrift: Verlag Forschung – Entwicklung – Lehre, Freiburg im Breisgau, Bugginger Straße 38, 79114 Freiburg, Tel.: 07 61/478 12-57, Internet: www.fel-verlag.de

ESF-Programm „MEHR Männer in Kitas“. Im Zeitraum Januar 2011 bis Ende 2013 wurde in 13 Bundesländern ein vom Europäischen Sozialfonds und dem Bundesfamilienministerium gefördertes Modellprogramm durchgeführt, das darauf abzielt, den Anteil männlicher Erzieher in Kitas zu erhöhen. Zur Arbeit am Standort Nürnberg ist nun auf der Grundlage der Abschlussstagung im Oktober 2013 eine ausführliche Projektdokumentation erschienen. Der Bericht findet sich unter http://www.jugendamt.nuernberg.de/downloads/mehrmik_projektdoku.pdf im Internet. *Quelle: BLJA Mitteilungsblatt 1.2014*